
Hintergründe divergenter Entwicklungen in SO-Europa

Rezension von: Oto Luthar (Hrsg.), *The Land Between. A History of Slovenia*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, Wien u. a. 2008, 561 Seiten, broschiert, € 30,70; Oliver Jens Schmitt, *Kosovo*.

Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Böhlau (UTB 3156), Wien 2008, 393 Seiten, € 25,60.

Die Regionen des ehemaligen Jugoslawien nahmen seit Anfang der 1990er-Jahre ganz unterschiedliche Entwicklungen. Slowenien und der Kosovo bilden dabei die polaren Fälle. Slowenien hat nicht nur den Beitritt zur EU geschafft, sondern auch einen wirtschaftlichen Aufholprozess durchlaufen und in weiten Bereichen westeuropäische Standards erreicht. Der Kosovo hingegen ist nach wie vor eine der rückständigsten, ärmsten und politisch instabilsten Regionen des Balkans und damit ganz Europas. Die wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den beiden Regionen hat – wie schon im zweiten Jugoslawien – weiter zugenommen.

Zwei Neuerscheinungen ermöglichen es, sich mit den historischen Hintergründen dieser teilweise diametral entgegengesetzten sozioökonomischen Entwicklungstendenzen zu befassen.

Oto Luthar, Historiker an der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste, und weitere acht renommierte slowenische HistorikerInnen verfassten die erste kurze Geschichte Sloweniens in englischer Sprache. Genauer gesagt handelt es sich, wie der Herausgeber in der Einführung festhält, um die Geschichte eines Volkes –

von einem solchen kann man ab dem frühen Mittelalter sprechen – und einer Region, nämlich jener zwischen Friaul im Westen und dem Übermurgebiet im Osten, zwischen der Steiermark sowie Kärnten im Norden und Istrien sowie dem Karstgebiet im Süden. Der Titel „*The Land Between*“ weist darauf hin, dass diese Region einen Übergang darstellt, zwischen West- und Osteuropa und zwischen Mitteleuropa und dem Balkan. Von einer „slowenischen“ Geschichte kann streng genommen erst ab den 1840er-Jahren die Rede sein, denn vorher existierte dieser Begriff gar nicht, und eine (eingeschränkte) Staatlichkeit erlangte Slowenien überhaupt erst 1945/6. Konsequenz vermeiden es die AutorInnen, in die Fallen der nationalistischen Geschichtsschreibung und Mythenbildung zu tapen.

Meist wurden die Geschicke der in dieser Alpen-Adria-Region lebenden Menschen von den Interessen weit entfernter Machtzentren bestimmt: Rom, Konstantinopel bzw. Stambul, Venedig, Wien, im 20. Jahrhundert Berlin und Belgrad. Daher stellt die AutorInnengruppe ihre Darstellung in den Kontext der Geschichte der Imperien, denen die Region angehörte bzw. von denen sie maßgeblich beeinflusst wurde. Sie unternahm den Versuch, eine vollständige Geschichte zu verfassen. Die Schwerpunkte des Werkes liegen eher auf den politischen und kulturellen als auf den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten.

Der Band ist in sieben Abschnitte gegliedert. Das erste Kapitel befasst sich mit der prähistorischen Zeit, der Eroberung und Verwaltung durch das Römische Imperium und der Völkerwanderungszeit. Die slawische Einwanderung erfolgte in mehreren Wellen von etwa 550 bis ins frühe 9. Jahrhundert (Abschnitt 2). In der ausführlichen

Darstellung dieser Epoche betonen die VerfasserInnen, dass die slawischen Einwanderer sich nicht in einem menschenleeren Gebiet niederließen. Und Letztere ersetzten auch nicht einfach die keltisch-römische Bevölkerung der Spätantike. Ende des 8. Jahrhunderts dehnte das Frankenreich unter Karl dem Großen seine Herrschaft über die südöstliche Alpen-Adria-Region aus und geriet damit in unmittelbaren Kontakt zum Byzantinischen Reich.

Schon im Hochmittelalter kam die Region unter die Herrschaft der Habsburger: die Steiermark 1282, Kärnten und Krain 1335, Görz (einschließlich Innerisstriens und des Karstgebiets) 1374 und Triest 1382 (Kapitel 3).

Anders als die Bevölkerung des Kosovo und der anderen osmanisch beherrschten Gebiete Südosteuropas hatte die Bevölkerung der südöstlichen Alpen-Adria-Region Anteil an Renaissance, Humanismus, Reformation (sowie Gegenreformation) und Aufklärung (Kapitel 4). Diese geistig-intellektuellen Bewegungen hinterließen tiefe Spuren in den Institutionen und Weltanschauungen. Die Kluft zwischen den ‚westlich‘ und den byzantinisch-osmanisch geprägten Regionen Südosteuropas ist noch heute stark bemerkbar, nicht zuletzt im Bereich der Institutionen,¹ die – im Verständnis der modernen Institutionentheorie gleich welcher Strömung – auch die Sitten, Gebräuche und Moralvorstellungen einschließen.

Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit dem ‚langen‘ 19. Jahrhundert: der kurzen Episode französischer Herrschaft, der „Unfreiheit“ im Vormärz, der Entstehung der slowenischen Nationalbewegung um 1848, der fortschreitenden nationalpolitischen Differenzierung, der Entstehung von politischen Parteien, dem Übergang von der Parteien- zur Massenpolitik. Erst spät im Ersten

Weltkrieg gab die slowenische Nationalbewegung ihren austroslawisch-trialistischen Kurs auf und suchte nach neuen politischen Optionen außerhalb der Habsburgermonarchie.

Im SHS-Königreich (Kapitel 6) konnte trotz des zentralistischen Staatsaufbaus und der politischen Dominanz serbischnationaler Kräfte die Nationsbildung fortgesetzt und das Ensemble nationalstaatlicher Einrichtungen erweitert werden.

Von April 1941 bis Mai 1945 herrschte in der südöstlichen Alpen-Adria-Region nicht nur Krieg, sondern auch ein erbitterter und von allen Seiten gnadenlos geführter Bürgerkrieg. Die danach von den Titoisten offiziell proklamierte „Zeit der Rache“ währte noch bis Februar 1946. Das Trauma dieser Zeit wirkt bis heute fort und belastet die slowenische Gesellschaft.

Im zweiten Jugoslawien (1945-91, Abschnitt 7) bildete Slowenien einen Teil des ‚wohlhabenden Nordens‘. Das Land profitierte insbesondere vom hohen Ausbildungsgrad der Arbeitskräfte und den intensiven Westkontakten.

Der Anfang vom Ende Jugoslawiens begann, das ist rückblickend klar, mit der Verfassungsänderung 1974, setzte diese doch die Dezentralisierung des politischen Systems fort. Die Entfremdung zwischen Belgrad und Slowenien schritt v. a. wegen der schweren wirtschaftlichen Krise Jugoslawiens, die in den 1970er-Jahren noch durch Auslandskredite verschleiert werden konnte, im folgenden Jahrzehnt aber offen zutage trat und auch den vergleichsweise hohen Lebensstandard in Slowenien in Mitleidenschaft zog, rasch voran. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre gewannen die zentrifugalen Kräfte die Oberhand, als in der serbischen Teilrepublik Slobodan Milošević auf einen radikalen, aggres-

siven und gewaltbereiten serbischen Nationalismus setzte und auf die politischen Eliten in den anderen Teilrepubliken massiven Druck ausübte. Am Ende dieses Entfremdungs- und Desintegrationsprozesses stand die Unabhängigkeitserklärung des Laibacher Parlaments vom 25. 6. 1991.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte sind die Slowenen nun in der Lage, ihr Geschick souverän zu bestimmen. Dies schließt die Verpflichtung ein, sich mit den langfristigen Herausforderungen, die sich daraus ergeben, auseinanderzusetzen. Nach dem Ende der „heroischen Zeit der Emanzipation“ warten nun die Probleme der Ebene. Zum Teil handelt es sich dabei um strukturelle Probleme, mit denen alle westeuropäischen Länder aufgrund der Fehlentwicklungen der neoliberalen Ära zu kämpfen haben: den Prozess der Fragmentierung, Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft. In Slowenien wie in allen anderen ost- und südosteuropäischen Ländern sind diese Probleme als Folge der Transformation noch ausgeprägter als im Westen. (Die Jahre der Unabhängigkeit werden im vorliegenden Band nicht mehr behandelt.)

Oliver Jens Schmitt, Professor am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, bietet „einen analytischen Aufriss der Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“ (S. 13), deren heutige Grenzen seit 1945 bestehen und die erst durch die bewaffneten Auseinandersetzungen Ende der 1990er-Jahre, den anhaltenden Konflikt zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit und der serbischen Minderheit sowie wegen der Frage des völkerrechtlichen Status die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit auf sich zog.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht

nicht eine Chronik politischer Ereignisse, sondern die soziokulturelle Entwicklung der Region zwischen Albanien, Serbien und Makedonien. Da viele der analysierten soziokulturellen Phänomene typisch für den byzantinisch-osmanisch geprägten Balkan in seiner Gesamtheit oder den Zentralbalkan sind, wird der Kosovo im größeren räumlichen Zusammenhang betrachtet.

Ausgangspunkt von Schmitts Ausführungen ist eine kurze Darlegung der (idealtypischen) Geschichtsbilder der Albaner und der Serben, die in den betreffenden Bevölkerungsgruppen tief verankert sind und durch Massenmedien – zuletzt insbesondere das Internet – weite Verbreitung erlangt haben. Diese konkurrierenden Sichtweisen sind derartig unterschiedlich, dass sie sich gegenseitig ausschließen: Die jeweils andere Gruppe wird als unbedeutend, unzivilisiert, kulturell minderwertig und gewalttätig dargestellt. Die folgende historische Analyse Schmitts lässt sich auch als Kommentar zu diesen gegensätzlichen Interpretationen lesen.

Ab Mitte des 15. Jahrhunderts, also fast sieben Jahrzehnte nach der im serbischen Geschichtsbild so zentralen Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje), bildete der Kosovo einen Teil des osmanischen Imperiums. Die Mehrheit der Bevölkerung schloss sich der Reichsreligion, dem Islam, an. Das kulturelle Erbe der Osmanen ist allgegenwärtig. Aus der Perspektive der Metropole Stambul war der Kosovo eine Randregion mit gewisser strategischer Bedeutung. Das Imperium gewährte den Bewohnern weitgehende politische Selbstverwaltung auf lokaler und regionaler Ebene und eröffnete ihnen – den Muslimen und mit Abstrichen auch den Christen, die Untertanen zweiter

Klasse waren – Aufstiegsmöglichkeiten in Heer und Verwaltung. Ruhe herrschte im Kosovo freilich nur dann, wenn die von albanischsprachiger Bevölkerung bewohnten Randzonen in den Bergen ihr Eigenleben führen durften und sich die Anerkennung des Imperiums nur auf symbolische Weise äußern musste. Imperiale Verwaltung und Reichskultur beschränkten sich also auf die Städte, die Ebenen und einige wichtige Durchgangsrouten. Die Bewohner der Hügel- und Berggebiete lebten in einer parallelen, staatsfernen Welt. Ordnungsfaktor war dort der Familienverband. Der Staat verzichtete darauf, Gewaltmonopol, Steuerhoheit und Rekrutierungspflicht in diesen Randzonen durchzusetzen – zu hoch wären die Kosten gewesen. Im 19. Jahrhundert zählten die albanischsprachigen Muslime des Kosovo zu jenen konservativen Gruppierungen, die modernisierende und zentralisierende Reformen im Osmanischen Reich zäh bekämpften.

Für die Identität der Angehörigen der vormodernen Gesellschaft des Kosovo war die Religion ausschlaggebend. Die Ethno-Nationalisierung der konfessionellen Identitäten begann erst um 1870. Bei den Orthodoxen dauerte dieser Prozess bis in die Zwischenkriegszeit, bei den Muslimen fand er erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts seinen Abschluss. Da die Muslime, die etwa ab Beginn des 19. Jahrhunderts die Bevölkerungsmehrheit im Kosovo stellten, zunehmend aggressiv auf die Gefährdung ihrer Privilegien reagierten, sahen die Christen mehr und mehr in Serbien (1830 autonomes Fürstentum, 1878 unabhängig) ihre Zukunft.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehörte der Kosovo zu den besonders unterentwickelten und modernisierungsfeindlichen Regionen Südosteuropas.

Die gesellschaftlichen Strukturen der orthodoxen südslawischen Minderheit und der muslimischen albanischsprachigen Bevölkerungsmehrheit hatten sich seit der frühen Neuzeit kaum verändert. Diese eher statischen Gesellschaften wurden durch die Eingriffe des ersten und vor allem des zweiten Jugoslawien innerhalb von achtzig Jahren stärker verändert als in dem halben Jahrtausend zuvor.

Die serbische Eroberung des Kosovo im Zuge des Ersten Balkankriegs 1912 bildete einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Region – und auch in der Geschichte Serbiens. Weiträumige Vertreibungen und Massaker an der muslimischen (albanischen und türkischen) Zivilbevölkerung kennzeichneten die Kriegsführung der Sieger. Im Kosovo setzte eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt ein, die sich über die Kriege (1912-18, 1941-45), die Phasen albanischer Aufstände gegen die gewaltsame Eingliederung in serbisch dominierte Staatswesen (1918-24, 1945/6), die Perioden repressiver, auf Änderung der ethnonationalen Mehrheitsverhältnisse ausgerichteten serbischen Kolonialregime (1918-41, 1945-66) bis in die jüngere Vergangenheit (1997-99) erstreckte. Womit der Teufelskreis begann, mit der von Muslimen gegen Christen ausgeübten Alltagsgewalt oder mit den gegen Muslime gerichteten ethnischen Säuberungen durch Serbien 1877/8 in den neu eingegliederten Gebieten um Nisch und 1912/3 im Kosovo, lässt sich kaum sagen. Beide Seiten sahen sich als Opfer, die jeweils anderen als Täter. Die Gewaltspirale beschleunigte die Herausbildung ethnonationaler Identitäten.

Mit dem Kosovo und Vardar-Makedonien verleibte sich Serbien 1912/3 zwei Gebiete mit nichtserbischer Be-

völkerungsmehrheit ein. Die serbische politische Elite, so betont Holm Sundhaussen in seinem Standardwerk,² gab der territorialen Expansion Priorität gegenüber der Modernisierung von Staat und Gesellschaft. Mit dieser Hypothek ist Serbien, wie die jüngeren Entwicklungen zeigen, bis heute nicht fertig geworden.

1912 war auch das Jahr der Entstehung eines unabhängigen albanischen Staates. Damit änderten sich die politischen Optionen für die Elite der Kosovo-Albaner grundlegend.

Mit dem Sturz des Innenministers Ranković 1966 endeten im zweiten Jugoslawien die zentralistische Verwaltung des Kosovo und die Unterdrückung der Albaner ebendort. Die Föderalisierung Jugoslawiens fand Ausdruck in der Verfassung von 1974, welche den Kosovo zu einer autonomen Provinz mit stark erweiterten Kompetenzen erhob. Die jugoslawisch sozialisierte Elite der Kosovo-Albaner übernahm die Hebel der Macht in Prishtina/Priština. In den 1970er- und 1980er-Jahren erfolgte im Kosovo ein tiefgreifender sozioökonomischer und -kultureller Wandel, beruhend auf massiven Investitionen der Bundesregierung in das Bildungswesen, die Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur sowie den industriellen Sektor. Eine Arbeiterklasse entstand. Noch nie hatte ein Staat so nachhaltig in die Lebenswelten der Bevölkerung des Kosovo eingegriffen wie das kommunistische Jugoslawien unter Titos Führung.

Mitte der 1980er-Jahre bot der Kosovo das Bild einer peripheren Region, deren Modernisierung in vielen Bereichen steckengeblieben war. Jugoslawisch-urbane und post-osmanische dörfliche Lebenswelten bestanden nebeneinander. Den Wettlauf gegen das

hohe Bevölkerungswachstum verloren die Wirtschaftsplaner, nicht zuletzt wegen der Vernachlässigung arbeitsintensiver Konsumgüterindustrien und Dienstleistungsbranchen. Im Zuge der zunehmenden wirtschaftspolitischen Spannungen zwischen den Teilrepubliken, welche die Föderalisierung nach sich zog, gerieten die Investitionen im Armenhaus Jugoslawiens unter die Räder. Gegenüber dem jugoslawischen Durchschnitt blieb das Pro-Kopf-Einkommen des Kosovo mehr und mehr zurück.

Der serbische KP-Chef Milošević erkannte 1987 das Mobilisierungspotenzial des radikalen Nationalismus im ideologischen Vakuum der Post-Tito-Zeit. In der Folge zog er alle propagandistischen Register, wobei dem Mythos um den Kosovo („Altserbien“) eine zentrale Rolle zukam. (Dem serbischen Geschichtsbild zufolge sei der Kosovo im 14. Jahrhundert zum Mittelpunkt des serbischen Königreiches geworden. Der osmanische Vormarsch auf dem Balkan – die erste Schlacht auf dem Amselfeld 1389 – habe dieser Blütezeit ein Ende gesetzt.) Je unrealistischer die von der serbischen Regierung geforderte Rezentralisierung Jugoslawiens wurde, desto intensiver betrieb Milošević, ab Dezember 1990 Präsident Serbiens, die Realisierung eines großserbischen Staates.

Im November 1988 zwang Milošević die albanisch dominierte KP-Führung des Kosovo zum Rücktritt, im März 1989 stimmte das kosovarische Parlament in einer manipulierten Abstimmung der Aufhebung der Autonomie zu – ein Verfassungsputsch. Serbische Sonderpolizei und Paramilitärs führten nach dieser formalen Gleichschaltung ein Gewaltregime. Die umfassende Serbisierungspolitik im Kosovo äußerte sich in einem Kulturkampf und in der

Entlassung von rd. 120.000 Albanern aus den staatlichen Betrieben und der Verwaltung. Zu keiner Zeit versuchten Milošević und seine Gefolgsleute einen Ausgleich mit moderaten kosovo-albanischen Politikern, im Gegenteil, die Eskalation wurde bewusst herbeigeführt.

Der gewaltlose Widerstand, auf den die Kosovo-Albaner als Reaktion auf die Repressionspolitik Serbiens zunächst setzten, scheiterte v. a. deshalb, weil er international zu wenig Aufmerksamkeit fand. In der Folge radikalisierte sich der albanische Widerstand, die Macht innerhalb der albanischen Parallelgesellschaft verschob sich von den urbanen Intellektuellen zu den Führern der staats- und bildungsfernen, in Familienverbänden strukturierten Landbevölkerung. Die „Befreiungsarmee des Kosovo“ UÇK konnte sich 1997 nach dem Staatszusammenbruch in Albanien Waffen der albanischen Streitkräfte beschaffen und begann einen Guerillakrieg. Milošević reagierte darauf mit dem letzten und radikalsten Versuch, die Bevölkerungsverhältnisse im Kosovo zugunsten der Serben zu verändern: der umfassenden Vertreibung. Im ersten Halbjahr 1999 flohen rd. 90% der Kosovo-Albaner oder wurden vertrieben, 40% der Häuser wurden beschädigt oder zerstört, albanische Kulturgüter systematisch vernichtet. Nur das Eingreifen der NATO verhinderte die vollständige ethnische Säuberung des Kosovo.

Im Juni akzeptierte das serbische Parlament den Fischer-Plan, der den Abzug der serbischen Streitkräfte, den Einsatz einer UN-Friedenstruppe und die Autonomie des Kosovo, allerdings unter Aufrechterhaltung der serbischen Souveränität, vorsah. Dann ahmte die kosovo-albanische Seite ein

weiteres Mal die aggressive serbische Politik nach: Die UÇK vertrieb aus weiten Gebieten Serben und Roma, rd. 100.000 Menschen waren von dieser ethnischen Säuberung betroffen. Die serbische Bevölkerung ist seitdem im Norden des Kosovo um Mitrovica konzentriert. Die Perspektive einer multi-ethnischen Gesellschaft erscheint den meisten Beobachtern angesichts der Ereignisse der Jahre 1997-99 und der dominanten Geschichtsbilder als unrealistisch.

Von 1999 bis 2008 unterstand der Kosovo der Zivilverwaltung der UNMIK. Seit 2001 verfügt der Kosovo über ein eigenes Parlament (erste Wahlen im November 2002), einen eigenen Präsidenten und eine Regierung. Die internationalen Verhandlungen über den völkerrechtlichen Status des Kosovo blieben erfolglos, zu unterschiedlich waren die Positionen der Beteiligten. Im Februar 2008 erklärte der Kosovo seine Unabhängigkeit. An die Stelle der von der Bevölkerungsmehrheit immer mehr abgelehnten VN-Verwaltung ist die europäische Mission EULEX getreten.

Die wirtschaftliche Lage des Kosovo gegen Ende der 2000er-Jahre bezeichnet Schmitt als „desolat“. Unter der VN-Verwaltung trat hier keine tatsächliche Verbesserung ein. Unklare Eigentumsverhältnisse und der ungeklärte völkerrechtliche Status des Kosovo hielten ausländische Investoren ab. Die Landwirtschaft ist nicht in der Lage, die regionale Nachfrage zu befriedigen. Auch im Energiebereich ist der Kosovo weitgehend von Importen abhängig. Die Überweisungen der Diaspora bilden weiterhin die wichtigste Einnahmenquelle eines erheblichen Teils der Bevölkerung. Die Durchschnittspension reicht bei Weitem nicht zum Überleben. Die wirtschaftli-

che Entwicklung vermochte nicht mit dem Bevölkerungswachstum mitzuhalten: Die Arbeitslosigkeit dürfte etwa 40% betragen, unter den Jugendlichen erreicht sie katastrophale 80%. Rund 50% der Kosovaren sind jünger als 25 Jahre und haben nur geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz – ein erhebliches soziales und politisches Unruhepotenzial.

Unter diesen Umständen kommt der organisierten Kriminalität beträchtliche Bedeutung als Wirtschaftsfaktor zu: Ihre Gewinne werden für 2007 auf rd. 550 Mio. € geschätzt. Heute gilt der Kosovo als Vertriebszentrum für das aus der Türkei kommende Heroin auf dem Weg in die EU.³

Das Land hat nie ein parlamentarisches-demokratisches System gekannt. Die politischen Parteien sind Klientelnetzwerke um charismatische Führungspersonlichkeiten und dienen v. a. dem Machterhalt großfamiliärer Personenverbände. In der durch die ethnonationale Versäulung geprägten kosovarischen Gesellschaft wird Dissens rasch als Verrat gebrandmarkt. Die Bereitschaft zur Gewalt gegen politisch Andersdenkende ist hoch. Viele Angehörige der regionalen Eliten sind

in die Aktivitäten der organisierten Kriminalität verstrickt.

Die EU hat also mit ihrem Quasi-Protektorat ein schweres Erbe angetreten. Zweifellos kommt dem Kosovo – wie die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zeigen – für die Befriedung und Stabilisierung des zentralen Balkans eine Schlüsselrolle zu.

Beide besprochenen Bände sind allen an der Geschichte und Gegenwart Mittel- und Südosteuropas Interessierten sehr zu empfehlen.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu Dimitrova-Grajzl, Valentina, *The Great Divide Revisited: Ottoman and Habsburg Legacies on Transition*, in: *Kyklos* 60/4 (2007) 539-558. Die Autorin kommt in ihrer empirischen Studie zu dem Ergebnis, dass „the Habsburg successor states have institutions that are more efficient in a market economy than the Ottoman successor states“.
- ² Sundhaussen, Holm, *Geschichte Serbiens. 19.-21. Jahrhundert* (Wien-Köln-Weimar 2007); siehe die Rezension in *WuG* 34/2 (2008) 281ff.
- ³ Vgl. Hammer, Joshua, *The International Crooks Now in Power*, in: *New York Review of Books* (23.10.2008) 52ff.